

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

21 (12.3.1848)

Karlsruher Beobachter.



Nr. 21.

Sonntag den 12. März

1848.

Aus der Zeit.

Karlsruhe, 9. März. [35. Sitzung der zweiten Kammer.] Der Präsident theilt einen Nachtrag zum Schreiben des Ministeriums des Innern mit, wornach sämtliche Truppen auf die Verfassung beidigt werden; wegen Volksvertretung beim deutschen Bunde sei bereits ein Antrag an die Bundesversammlung gestellt. — Der Abg. Hecker verlangt Vorlage der Eidesformel und der Anträge an den Bund. — Staatsrath Bock sichert die Vorlage der Eidesformel zu. — Der Abg. Welcker wünscht ebenfalls, daß die Vorlage geschehe. Die Regierung solle zugleich darüber mit allen befreundeten Staaten in Verkehr treten. — Staatsrath Bock: Auch das ist bereits geschehen. — Der Abg. Welcker: Nur rasches Handeln kann Deutschland zu einem glücklichen Ziel führen. Wenn die kleinen Staaten sich an die Spitze stellen, so können die andern nicht zurückbleiben. — Staatsrath Bock: Ich bin mit dem Abg. Welcker einverstanden. — Der Abg. Hecker beschwert sich über das Ministerialschreiben, weil es nicht bestimmt genug gegeben sei. Man hätte sich von den Karlsbader Beschlüssen förmlich Loßsagen sollen. Er würde volle Rechtsgewährung zugesagt oder lieber seine Entlassung angeboten haben. Kurze Befehle lassen sich schnell entwerfen. — Staatsrath Bock: Ich versichere den Abg. Hecker, daß, wenn es nicht Pflichtvergessenheit wäre, ich nicht eine Stunde länger im Amte bliebe. Auf einem Posten bleiben, ist jetzt die Schwierigkeit, und daß es mir an Muth nicht fehlt, habe ich bewiesen. Was die Karlsbader Beschlüsse betrifft, so hat die Kammer selbst die Worte gebraucht, dieselben „als verbindlich für das Großherzogthum nicht zu betrachten.“ In den Proklamationen von Nassau und Hessen sind die Karlsbader Beschlüsse gar nicht erwähnt. Der Antrag an den Bund werde heute noch der Commission mitgetheilt. — Der Abg. Bisping macht darauf aufmerksam, daß hinsichtlich der Bürgerbewaffnung große Aufregung herrscht, weil schon viele Erzeße vorgekommen sind, und Bewaffnung dringend nöthig ist. Er bitte die Sache durch Verabfolgung der Waffen möglichst zu beschleunigen. — Staatsrath Bock: Der Staat besitzt keine Waffenvorräthe. Sämmtliche Städte werden vernommen, wie viel Gewehre sie brauchen, dann werden die Bestellungen gemacht. Wo es dringend ist, werden einweilen die Gewehre aus den Zeughäusern abgegeben, man schafft dann neue dafür an. — Der Abg. Scheffel unterstützt den Wunsch des Abg. Bisping. — Der Abg. Rapp: Von einem auswärtigen Staate soll unser Souverän von dem weitem Verfolgen des bereits betretenen Weges abgemahnt worden sein. Solche Zumuthungen solle man mit Indignation zurückweisen. Derlei Vorgänge setzen eine Verbindung der betreffenden Kabinete mit dem Jaarenthum voraus; dadurch würde Deutschland in's größte Unglück gestürzt. — Der Abg. Welcker: In Beziehung auf den Verfassungseid und die Bundesfrage

haben wir die klare und ohne Rückhalt gegebene Erklärung der Regierung vernommen. Wegen aller anderen Punkte hat der Herr Präsident des Ministeriums des Innern gleichfalls die erwünschte Zustimmung ausgesprochen. Da Dieser nun das Mitglied des Staatsministeriums ist, welches allein jenen Brief unterzeichnete, so muß ich glauben, daß alle unsere Wünsche genehmigt sind. Nun sind auch heute zwei Namen im Regierungsblatte veröffentlicht, wodurch unserm Begehren eine weitere Garantie gegeben ist. Ich muß nur noch um Aufschluß bitten, ob die Erklärung an den Bundestag durch Vermittelung des Hrn. v. Blittersdorff erfolgt ist? — Staatsrath Bock. Die bei der Bundestagsversammlung abzugebende Erklärung war zu dringend und mußte, da noch kein Nachfolger da ist, durch den bisherigen Gesandten übergeben werden, welcher dieselbe übrigens nur vorzulesen hat. — v. Zshstein bedauert, daß kein Vorrath von Waffen vorhanden sei. — Baum: Es kann nicht jeder die Waffe bezahlen, der Staat sollte dies thun. — Staatsrath Bock: Ueberall, namentlich auch in Frankreich, müssen die Nationalgarden ihre Waffen bezahlen. — Helbing übergibt eine Petition von Emmendingen, welche namentlich verlangt, daß die Unverbindlichkeit der Ansnahmsbeschlüsse bestimmter ausgesprochen würde. — Staatsrath Bock versichert, daß jene Beschlüsse nie mehr zur Anwendung gebracht werden sollen. — Bassermann: Die Regierung könne jetzt nicht für Alles sorgen. In Mannheim habe die Gemeinde zwei Abgeordnete abgesandt, um 2000 Gewehre anzukaufen, das sollten andere Gemeinden auch thun. — Brentano fragt, ob die Zumuthung, von welcher Rapp gesprochen, erfolgt sei. — Staatsrath Bock: Eine solche ist nicht erfolgt, und unsere Handlungen sind die Antwort, wenn eine ähnliche Aufforderung erfolgt wäre. — Der Präsident macht die Kammer auf die Erklärung mehrerer Abgeordneten gegen die Judenverfolgungen aufmerksam. — Staatsrath Bock: Ich danke den Abgeordneten für diese Proklamation. (Die ganze Kammer stimmt bei.) — Brentano: Man muß mit Betrübnis auf die Ereignisse zurückblicken. Die Erzeße gingen nicht blos von der niedern Klasse aus, die Reaktion und der Jesuitismus haben dazu beigetragen. In Bruchsal hat man dies gesehen. Auch die Beamten haben ihre Schuldigkeit nicht gethan. Wäre zu gehöriger Zeit entschlossenes Einschreiten erfolgt, so war Alles zu verhüten. Auch mein Eigenthum war bedroht. Es ist nicht einmal eine Untersuchung eingeleitet worden, obgleich ich den Rädelsführer bezeichnet hatte. In Heidelberg wurde erst eingeschritten, als es zu spät war. — Staatsr. Bock. Es ist bei Vorfällen, wie in Bruchsal für die Beamten sehr schwer, das rechte Maas zu treffen. Schreiten sie zu rasch ein, und brauchen sie Gewalt, so wird ihnen vorgeworfen, sie hätten die Volksmenge gereizt und größeres Uebel herbeigeführt, und komm es vollends zum Blutvergießen, so sagt Alles, das hätte man vermeiden können, wenn der Beamte mit mehr Umsicht und Nachsicht verfahren wäre. Wenn sie dagegen mit viel Nachsicht

verfahren, so wird ihnen oft und wohl auch mit Grund Feigheit und Schwäche vorgeworfen. Wenn übrigens die Erzählung des Hrn. Abg. Brentano richtig ist, so wird es mir willkommen sein, wenn der Hr. Abgeordnete seine Angaben zusammenstellt, damit durch eine Untersuchung die Sache ins Klare gestellt werden kann. Die Regierung ist entschlossen, Alles, was nur immer in ihrer Macht liegt, zur Unterdrückung solcher Exzesse zu thun. Wir haben deshalb auch in eine Gegend, wo solche Störungen eingetreten sind, Militär geschickt, welches die Bürger in ihrem Bestreben unterstützen soll. Es ist Dies namentlich geschehen in den Bezirken Einsheim, Eppingen und Bretten, wo vielfache derartige Exzesse vorkamen. (Schluß folgt.)

— Mannheim, 8. März. Heute erschien hier folgende Erklärung: „Mit tiefem Schmerze, welchen alle wahren Freunde der Volksfreiheit und des Vaterlandes theilen, vernehmen wir die Nachricht, daß die Tage, welche die Herzen aller wackeren Bürger mit hehrer Begeisterung erfüllen, die Tage, welche unser ganzes Volk erlösen sollen von dem Drucke und der Knechtschaft von Jahrzehnten, ja von Jahrhunderten, entweiht werden wollten durch blinde Zerstörungswuth und Gefährdung der Personen und des Eigenthums unserer Mitbürger mosaischen Glaubens, daß das leuchtende Panier der Freiheit besudelt werden will durch schmäbliche Exzesse. Die Feinde der bürgerlichen Freiheit, die Gegner der freien Entwicklung unseres Volkes, die Volksfeinde, welche den alten Zustand der Unterdrückung gerne zurückgeführt sähen, sie werden sich schadenfroh die Hände reiben und frohlocken, sie werden solche Exzesse anregen, schüren heraufbeschwören, um dann ausrufen zu können: „Seht da, das Volk ist nicht würdig der Freiheit, denn ein Volk, das wahrhaft frei ist, mißbraucht die Freiheit nicht, um des Andern Frieden und Glück zu vernichten.“ Mitbürger, wir wissen, daß wir in eurer Aller Sinne sprechen, wenn wir euch zurufen: Es ist eine heilige Pflicht eines jeden Ehrenmannes, der nicht mit dem heiligen Namen der Freiheit ein schändes Spiel treibt, der nicht ihren Namen zur Befriedigung anderer Leidenschaften mißbrauchen will, es ist eine heilige Pflicht aller wahren Volks- und Freiheitsfreunde, mit aller Energie solch frevelhaftem Beginnen entgegen zu treten. Nur Diener der Reaction oder von ihnen Irgeleitete vermögen zu Judenverfolgungen die Hand zu bieten, wie sie nie ein freies Land, wohl aber der Despotismus kannte. Wir unterzeichneten Abgeordneten fordern in unserem und aller unserer Collegen Namen, im Namen Aller, die es treu und redlich mit dem Volke und seiner Freiheit meinen, auf, durch Belehrung, Wort und That, mit aller Kraft und Energie dahin zu wirken, daß solche Entweihungen der Lage der Freiheit unterbleiben und nicht des Volkes Ehre und Namen geschändet werden durch Frevel und Unthaten. Dr. Hecker. Helmreich. v. Jhstein. Karl Mathy. Fr. Vassermann. v. Coiron. L. Weller. W. Sachs.“

— In Mannheim wird jetzt zur Errichtung eines Freicorps geschritten. Ein provisorisches Comité hat einen Aufruf zur Theiligung erlassen und darin hauptsächlich auf die Nothwendigkeit eines solchen Freicorps hingewiesen. Listen zur Einzeichnung sind bereits aufgelegt, und eine große Theilnahme ist zu erwarten, denn es befinden sich hier sehr viele junge Leute, besonders aus dem Handelsstande. Sobald eine hinlängliche Einzeichnung stattgefunden, wird eine Versammlung veranstaltet und zur Organisation die letzte Hand angelegt werden.

— Stuttgart, 10. März. Durch Verfügung von gestern ist der Abg. Kömer zum Staatsrath und Chef des Justizdepartements, der Abg. Dr. Duvernoy zum Staatsrath und Chef des Departements des Innern, Dr. Paul Pfizer zum Staatsrath

und Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens, und der Abg. Goppelt zum Staatsrath und Chef des Finanzdepartements ernannt. — Die Nachricht von der Bildung des neuen Ministeriums hat gestern in unsere Stadt eine ungewöhnliche Bewegung gebracht. Nach Tisch wurde die Bildung des Kabinetts im Bürgerhause verkündet; ungemeiner Jubel unterbrach den Redner. Die neue Regierung wird in kürzester Frist ein Programm über ihre Grundsätze erlassen; Dr. Paul Pfizer wird der Verfasser desselben sein. — Wir hören, die Landstände werden sich Montag den 13. d. versammeln und sollen sogleich den Entwurf eines Bürgerwehrgesetzes und einen Gesetzesentwurf über das Recht der freien Versammlung berathen, nachher aber aufgelöst werden. (S. M.)

— München, 7. März. Gestern fand die Feier der Beerdigung der hiesigen Truppen auf die Verfassung statt. Auf dem großen Plage selbst von der dort versammelten wahrhaft unübersehbaren Menge, dann in allen Straßen, durch welche der Heimzug erfolgte, wurden die einzelnen Truppenabtheilungen mit ununterbrochenem Beifallzuruf begrüßt und begleitet, welchen die Offiziere der Infanterie und bei den Kürassieren auch die Gemeinen durch Säbelschwenken erwiderten. — Eine gleiche Feierlichkeit fand diesen Morgen in der Universität statt. Bekanntlich ist der Wunsch der Studenten, ein bewaffnetes Corps zu bilden, gewählt worden, und schon gestern haben sie vom Kriegsminister ihre Waffen erhalten und Dienst gethan. Gemäß dem Grundsatze, daß die Waffen nur von solchen getragen werden dürfen, welche auf die Verfassung geschworen haben, ist denn heute allen für das Freicorps eingeschriebenen Studenten von dem Kultusminister in Gegenwart zahlreicher Landwehroffiziere und Landwehrmänner des Verfassungseid abgenommen worden. — Den schönen Schluß des gestrigen für ewig unvergeßlichen Tages bildete eine improvisirte Beleuchtung der Stadt oder doch wenigstens weit der meisten Straßen. Viele Tausende wogten, da das Wetter noch günstig war, überall auf und ab. Wo eine Studentenpatrouille erschien, wurde sie enthusiastisch vom Volke begrüßt. Nicht der mindeste Exzeß ist vorgefallen.

— München, 8. März. Unsere Studenten sind heute als ein bewaffnetes, etwa 1000 Mann starkes Freicorps, an der Spitze derselben der greise Rektor Thiersch in männlicher Haltung zu Pferd, in die alte Universität eingezogen, um für die nächste Zukunft für ihren Patrouillen- und Wachtdienst, so wie für ihre militärischen Uebungen ein passenderes Standquartier zu finden, als in den Räumen der neuen Universität. — Hr. v. Thon-Dittmer ist aus Regensburg schon gestern eingetroffen, um das Ministerium des Innern zu übernehmen, so wie in dem Staatsrath eingeführt zu werden.

— Darmstadt, 7. März. Nachdem die sehr bewegten Tage eine erfreuliche Lösung erhalten haben, sprach sich gestern die Freude darüber aufs Lebhafteste aus. Schaaren von Bürgern zogen von allen Seiten in langen Zügen in die Stadt und theilten die Freude der Residenzbewohner in lautem Jubel. Abends war die ganze Stadt erleuchtet (dasselbe wird von Sießen aus berichtet). Heute früh 8 Uhr rückte das Militär in großer Parade aus, um auf die Verfassung beeidigt zu werden. — Die Herren Eigendrodt und Emmerling sind zu Mitgliedern des neuen Ministeriums v. Gagern ernannt worden und der bisherige Präsident des Finanzministeriums, Hr. Zimmermann, ist Finanzminister geworden. Se. K. H. Prinz Emil und die ihm intimit verbundene Familie Wittgenstein sind von Darmstadt abgereist.

— Frankfurt a. M., 7. März. Jede Besorgniß wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe tritt allmählig wieder in den Hintergrund, und so dürfte wohl mit der heutigen

Nacht der angestrengte Patrouillendienst unserer gesammten Bürger-
schaft sein Ende erreichen.

— Frankfurt, 9. März. Die Beratungen der Bundes-
Versammlung, in welcher Weise eine National-Repräsentation
am Bundestage eingerichtet werden könne, haben gestern Abend
unter dem Vorzuge des preußischen Bundestagsgesandten begonnen
und sind schon heute fortgesetzt worden. Es ist dies die Frage,
deren befriedigende Lösung erst den übrigen Reformen nicht nur
die Spitze aufsetzt, sondern ihnen auch allein eine feste Grundlage
gibt. Sieht man aber, daß der deutsche Bund endlich ernstlich
daran denkt, den gemachten Forderungen der Zeit entgegenzu-
kommen, so wird die öffentliche Meinung auch denen entgegen-
wirken, deren Ungebuld Alles zu übersürzen droht. (F. J.)

— Kassel, 7. März. Ein heute erschienener Erlaß bringt
u. a. folgende Zusagen: „Die Censur bei der Besprechung innerer
Landesangelegenheiten ist aufgehoben. Die den Privatgottesdienst
der f. g. Deutsch-Katholiken und Taufgesinnten hindernden Ver-
fügungen sind zurückgezogen; über die Regulirung der sonstigen
Rechtsverhältnisse dieser und anderer Dissidenten aber wird den
alsbald einberufenen Landständen ein Gesekentwurf vorgelegt
werden. Dasselbe wird geschehen in Beziehung auf die in Ge-
mäßheit der Verfassung und der Bundesgesetze gegen den Miß-
brauch der Presse zu gewährenden Garantien, in Beziehung auf
die Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens,
des Anklageprozesses und des Instituts der Geschworenen; in
Beziehung auf die Mitwirkung der Landstände bei der Besetzung
des Oberappellationsgerichts, die Rechtsverhältnisse der Anwälte
und andere zur Beförderung der allgemeinen Landeswohlthat
gereichende Gegenstände, wie es denn überhaupt unser erster
landesväterlicher Wille ist, die Wohlfahrt unserer geliebten Unter-
thanen auf jede vernünftige, rechtlich statthafte Art soviel möglich
zu befördern.“ — Die Bürgerdeputationen von Hanau, Marburg,
Hersfeld, Gelnhausen und Wächtersbach statten in der „Kasseler
Zeitung“ den Bürgern Kassels ihren herzlichsten Dank ab für die
freundliche Aufnahme und für die kraftvolle Mitwirkung zur
Schonrettung der Hessen. Sie scheiden in der Ueberzeugung, daß
die von dem Kurfürsten zur Beruhigung des aufgeregten Volkes
ertheilten Zusicherungen baldigt erfüllt und alle Bestimmungen
der kurhessischen Verfassung endlich eine Wahrheit werden.

— Hanau, 9. März. Gestern Nachmittag, während an
1500 M. Bürgergarde und viele Bewaffnete aus Offenbach,
Gelnhausen, Mainz, Frankfurt, Friedberg, Steinheim &c. auf dem
Marktplatz versammelt waren, berieth eine Commission in dem
Rathhause über die zu ergreifenden Maßregeln. Vom Balkon
des Rathhauses herab wurde der gefaßte Beschluß vorgelesen und
sofort durch eine Deputation von acht Mitgliedern nach Kassel
abgesandt. Folgendes sind die Hauptpunkte des Beschlusses:

- 1) Besetzung aller Ministerien, soweit dieses nicht neuerdings ge-
schehen ist, mit Männern, welche das Vertrauen des Volks genießen.
- 2) Auflösung der wieder einberufenen Ständeverammlung und
alsbaldige Berufung neu zu wählender Stände.
- 3) Bewilligung
vollständiger Pressefreiheit auf Grund der hierzu im §. 95. der
Verfassungs-Urkunde gewährten Zuständigkeit.
- 4) Vollständige
Amnesie für alle seit dem Jahr 1830 begangenen politischen
Vergehen.
- 5) Gewährung vollständiger Religions- und Gewissens-
freiheit und deren Ausübung.
- 6) Hinwirkung bei dem deutschen
Bund auf Bildung einer deutschen Volkskammer. Zurücknahme
aller den Genuß verfassungsmäßiger Rechte, ganz insbesondere
des Petitions-, Einigungs- und Versammlungs-Rechtes beschrän-
kenden Beschlüsse.
- 7) Die bestimmte Zusage, daß die bereits
durch die Proclamation vom 7. dieses zugesicherten und in Beziehung
auf die ausgesprochenen Desiderien weiter erforderlichen Geset-

entwürfe der nächsten Ständeverammlung vorgelegt werden. —

8) Entschließung binnen drei Tagen, deren Verstreichen ohne
Antwort als Ablehnung angesehen werden soll.

— Hannover, 3. März. In der heutigen Sitzung der Bür-
gervorsteher wurden folgende Vorschläge, den König zu ersuchen,
1) um sofortige Aufhebung der Censur, da mit der Aufhebung
der Censur von Seite Badens kein in der Bundesgesetzgebung
liegender Grund zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtung mehr
vorhanden sei; 2) baldthunlichste Einberufung der hohen Stände-
versammlung; 3) Einberufung der durch eine Verordnung von 1831
organisirten Bürgergarde, einstimmig oder doch mit großer Mehr-
heit angenommen.

— Hannover, 7. März. Auf die von dem Magistrate und
dem Bürgervorsteherkollegium dem König gestern überreichte Adresse
um Pressefreiheit, Vertretung des deutschen Volks am Bundestag
und schnelligster Berufung der Stände ist am heutigen Tage fol-
gende königl. Entschließung ergangen: 1) hinsichtlich der Pres-
sefreiheit müßten vor Beseitigung der Censur erst die durch den
Bundesbeschluß vom 3. d. M. vorausgesetzten Garantien gegen
Mißbrauch der Pressefreiheit den andern Bundesstaaten und dem
Bund gegenüber festgesetzt werden, wozu die nöthigen Einleitun-
gen „förderksamst“ getroffen werden würden. Es versteht sich von
selbst, daß der König den von der Mehrheit seiner Bundes-
genossen zu fassenden Beschlüssen seine Zustimmung nicht versagen
werde. 2) Eine Theilnahme deutscher landständischer Deputirten
an den Beratungen und Beschlüssen des Bundes, denen die
Landesherrn selbst sich vertragmäßig zu unterwerfen hätten, sei
mit der monarchischen Regierungsform nicht vereinbar. 3) Dem
Wunsche wegen baldiger Einberufung der Stände sei die Ent-
schließung des Königs bereits zuvorgekommen (die Stände sind
auf den 28. d. M. einberufen). (F. J.)

— Braunschweig, 5. März. Der Herzog hat auf die
Adresse der Bürgerschaft erwidert: Hinsichtlich der Pressefreiheit
sind die Beschlüsse des Bundes (der Bundesbeschluß vom 3. d.
war wohl noch nicht bekannt!) und das Verhalten der größeren
Staaten, namentlich Preußens, abzuwarten; zu einer Handels-
vereinbarung von ganz Deutschland seien die unruhigen Zeiten
nicht geeignet; über Volksvertretung im Bunde behalte er sich
die Entscheidung vor; wegen Oeffentlichkeit der Gerichte mit
Schwurgerichten, sowie der Staats- (Stände?) und Gemein-
verhandlungen solle Vorlage an die Stände erfolgen und wegen
Berufung eines außerordentlichen Landtags mit dem Ministerium
berathen werden. Die Volksbewaffnung betreffend, solle wegen
Verbesserung des Reglements der Bürgergarde dem Magistrat
und den Stadtverordneten Mittheilung gemacht werden. Regel-
mäßige Volksversammlungen hält der Herzog nicht mehr für
nöthig, hat aber nichts dawider, daß der Bürgerverein sich fortan
auch mit politischen Gegenständen beschäftige.

— Hamburg, 4. März. Durch ein Flugblatt angeregt, fan-
den gestern Abend an mehreren Punkten der Stadt Zusammen-
rottungen der untersten Volksklasse statt. Einzelne Abtheilungen
zogen vor die Häuser mehrerer Mitglieder des Senats und
machten einen Angriff auf dieselben. Im Hause des Bürger-
meisters Kellinghufen wurden Thüren, Fenster und einzelnes
Hausgeräthe zertrümmert. Durch den Generalmarsch zusamen-
gerufen, erschienen bald die Bataillone der Bürgergarde, und
es gelang denselben, im Verein mit einzelnen Abtheilungen der
Linientruppen, die Unruhstifter zu entfernen. Schon vor Mit-
ternacht war die Ruhe völlig hergestellt.

— Wien, 5. März. Bei uns werden die Militärärztlungen
in ausgedehntem Maße, wie es die Vorsicht erheißt, fortgesetzt,
alle Beurlaubten einberufen, und durch neue Pferdeinkäufe für

die Bedürfnisse der Kavallerie und der Artilleriebespannung gesorgt. Im Uebrigen scheint das hiesige Cabinet die Pariser Ereignisse mit vieler Ruhe und Fassung aufzunehmen.

— Preßburg, 3. März. Die Pariser Ereignisse haben auch in Ungarn einen mächtigen Wiederhall gefunden; die Wirkungen treten bereits zu Tage. Auf Kossuths Antrag hat die Ständetafel heute einstimmig und mit Acclamation beschlossen: morgen eine eigene Deputation nach Wien zu senden, um ein verantwortliches ungarisches Ministerium, aus Ungarn bestehend und von dem übrigen Ministerium getrennt, so wie Abhülfe aller Beschwerden und zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung unter Mitwirkung des Reichstags zu verlangen. Der Enthusiasmus über diesen Beschluß ist unbeschreiblich.

— Straßburg, 6. März. Gestern war wieder große Heerschau. Kaum war die Truppenschau beendet, als eine Botschaft der provisorischen Regierung den General André von seinem Posten abrief und ihm den Divisionsgeneral v. Gemeau als Nachfolger anwies.

— Paris, 6. März. Der Moniteur enthält das Dekret, das die Nationalversammlung auf den 20. April zusammensetzt und die Wahlen anordnet. — Die provisorische Regierung hat beschlossen, das Kroneigenthum nebst dem Privateigenthum der königlichen Familie so schnell als möglich zu liquidiren. — Das ganze diplomatische Corps wird gewechselt. — Sämmtliche italienische Flüchtlinge, meist den lombardisch-venetianischen Staaten angehörig, haben eine Association gebildet, deren Präsident das bekannte Haupt Jungitaliens, Joseph Mazzini, ist. — Das politische Leben herrscht nicht mehr in den Straßen von Paris, sondern in seinen Klubs. Jeder Stadtbezirk fast hat einen solchen; unter den neuen Forderungen, die auslauchten, sind folgende: Die Pariser Besatzung darf nicht mehr aus Linientruppen bestehen, Abschaffung der Aemter auf Lebenszeit, der Buchdruckerpatente u. Eine Forderung geht auf Herabsetzung der Viehzinse durch den Staat. Eine andere dahin, daß Niemand mehr anders als in einer Blouse auf der Straße solle sich zeigen dürfen. — Souin und Co. (nächst Rothschild eines der größten Bankhäuser in Paris) hatte seine Zahlungen eingestellt; sein Sturz ist für den Kleinhandel von Paris sehr empfindlich. — Der Finanzminister Michel Goudchaux hat sein Portefeuille niedergelegt. — Admiral Baudin hat den ihm von der provisorischen Regierung übertragenen Befehl über die Mittelmeerflotte in Toulon übernommen. — Divisionsgeneral Lamoricière ist zum Kommandanten der Militärdivision in Marseille ernannt. Elf von den einundzwanzig Militärdivisionen haben nun Befehlshaber erhalten. — Die Beschädigungen an den Eisenbahnen während der Revolutionstage betragen 10 Mill. Franken an Werth. — Die 4000 Arbeiter in den Steinkohlengruben von Anzin verlangen höhern Lohn und haben die Arbeit eingestellt. Wenn die Steinkohlförderung in diesen Gruben aufhört, so kommen auch die zahlreichen Arbeiter in den Eisenwerken des Norddepartements und des Pas-de-Calais um ihre Arbeit. Die Regierung hat eine Kommission hingeschickt. — Eine Kommission ist niedergelegt mit dem Auftrag, die auf die Revolutionsvorfälle bezüglichen Entschädigungsansprüche zu prüfen.

— Paris, 7. März. Das Organ der republikanischen Regierung, der „National“, fährt die friedlichen Aussichten hervorzuheben fort, die nun trotz der Proklamirung der französischen Republik vorhanden seyen; ja, die Proklamirung der französischen Republik habe manche Fragen beseitigt, welche Frankreich über kurz oder lang in Collisionen mit auswärtigen Mächten hätten verwickeln können; dies sei der Fall vornehmlich in Betreff Spaniens, da England auf das entschiedenste entschlossen gewesen sey, sich allen

den Combinationen zu widersetzen, welche die Leitung Spaniens in die Hände des Chefs der Dynastie Orleans hätten bringen können. — Heute gelang es endlich, etwa 300 Individuen, welche seit dem 25. Februar ihren Aufenthalt in den Tuilerien genommen hatten, aus diesem Palaste zu entfernen. Es wurde dies nicht ohne Schwierigkeiten und erst nach langen Unterhandlungen durchgeführt; jene Individuen willigten nur unter der Bedingung ein, den Palast zu verlassen, daß man sie nicht durchsuche, und daß man ihnen Leumundszeugnisse ausstelle; für den Fall, daß man Gewalt gegen sie anwenden würde, hätten sie gedroht, die Tuilerien und das Museum des Louvre, wohin sie durch die Galerie des Caroussel eingedrungen waren, in Brand zu stecken.

— Paris, 7. März. An die Stelle von Bankier Goudchaux ist Garnier-Pagès, Maire von Paris und Mitglied der provisorischen Regierung, zum Finanzminister ernannt worden. — Ein Erlaß des Ministers der Staatsbauten, Marie, vom 7. ordnet an, daß in Paris ein Centralbureau zur Einrichtung der Nationalwerkstätten des Seine-Departements gebildet werde. Die Arbeiten, die in diesen Werkstätten ausgeführt werden, sind ausschließlich den innerhalb der Stadt ansässigen Arbeitern vorbehalten, wozu Nachweisung des Wohnsitzes erforderlich ist. Eine Haupt Schwierigkeit bei diesen Bemühungen für die Arbeiter ist die Eifersucht zwischen den verschiedenen Arbeiterklassen. Nicht nur werden fremde Arbeiter (wie die englischen Hafentarbeiter in Havre) ganz vertrieben: Die Pariser Arbeiter sehen eifersüchtig darauf, daß keine nicht parisiische in Paris zugelassen werden; dann bestehen auch innerhalb der einzelnen Gewerke selbst verschiedene feindselig einander entgegenstehende Genossenschaften. Wie will man aber das gegenseitige Herunterdrücken der Preise und die Folge davon, daß die Meister weniger Lohn zahlen können, mit einem Wort die Folgen der Konkurrenz durch Regierungsverordnungen aufheben? (Das Morning Chronicle sieht als Ende des Ganzen voraus: eine große Armensteuer.) — Gestern Abend berieten zwei bis dreitausend Deutsche dort eine Adresse an das französische Volk in ziemlich stürmischer Weise. Herwegh, an der Spitze eines demokratischen Comites, las seine Adresse vor und setzte sie gegen einen Gegenentwurf Venedeys durch. Sie wird morgen in Prozeßion der provisorischen Regierung überreicht. — Die Finanzkrise hat den höchsten Grad erreicht, nur Rothschild verliert den Muth nicht: er hat gestern erklärt, alle seine Kräfte in Frankreich aufzubieten zu wollen, um Frankreichs Kredit wieder zu heben. Die Zahlungseinstellung der Kreditkasse von Souin verursacht unendlichen Schaden im Kleinhandel. — Zahlreiche Wahlausschüsse sind seit gestern im Entstehen, und diese werden wohl von Paris aus einen bedeutenden Einfluß auf das ganze Land ausüben.

— Aus Sardinien. Die Gazzetta Piemontese enthält die unterm 4. März von dem König unterzeichnete Staatsverfassung; entsprechend den schon früher bekannt gemachten Grundsätzen. Eine Staatsreligion, die katholische, die andern Kulte geduldet. Zwei Kammern, der Senat vom König lebenslanglich aus gewissen Kategorien ernannt. Pressefreiheit, aber bischöfliche Censur für Bibeln, Katechismen, Kirchen- und Gebetbücher.

— Aus Genua sind die Jesuiten ins Nodenesische gebracht worden. Ihr Palast ist nun der Bürgergarde eingeräumt. Um zu beweisen, daß man Eingriffe ins Eigenthum nicht gestattet, sind alle Leute, die Geld, Meubles u. aus dem Jesuitenkollegium entwendeten, eingezogen worden, und werden vor Gericht gestellt.

— Mit Sizilien ist noch nicht abgeschlossen. Während mit Palermo unterhandelt wird, ist unterdessen in Messina das längst Befürchtete eingetreten: die Stadt wurde am 26. abermals bombardirt. Das Volk war, eine Position um die andere den Truppen entziehend, der Citadelle so nahe gerückt, daß der Kommandant, zur Haltung derselben um jeden Preis ermächtigt, zu jener äußersten Nothwehr griff. Viele Häuser sind vernichtet, der Freiheit, in dem die Niederlagen fremder Waaren sich befinden, stand theilweise in Flammen und war seinem Schicksal überlassen, in der Stadt selbst fast Niemand mehr als das kämpfende Volk.

— Es sollen Berichte aus Algier eingezogen sein, nach welchen der Herzog von Aumale, Ex-Gouverneur von Algerien, auf die Kunde von der Abdication des Königs, seines Waters, und von der Proklamirung der Republik erklärt habe, er für seinen Theil nehme die vollendeten Thatfachen an; er habe auch zugleich die Absicht kundgegeben, sich einer jeden Demonstration gegen die neue Regierung zu enthalten.